
PAB

Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-,
Patienten- und Behindertenanwaltschaft

TÄTIGKEITSBERICHT

2012 / 2013

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	2
Organisation	3
 Teil I: Bericht Patientenanwaltschaft	
1. Aufgaben	4
2. ARGE Patientenanwälte	5
3. Mitgliedschaften	6
4. Öffentlichkeitsarbeit	6
5. Beschwerdeakten 2012 und 2013	7
6. Ergebnisse	12
 Teil II: Bericht Behindertenanwaltschaft	
1. Einleitung	18
2. Beratungseinrichtungen	19
3. Beratungstätigkeit	20
 Ausblick	
ELGA-Ombudsstellen	22
Monitoring-Ausschuss	23

Einleitung

Der Burgenländische Landtag hat am 27. April 2000 das „Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft“ beschlossen, welches am 18. Juli 2000 im Landesgesetzblatt Nr. 51/2000 verlautbart wurde und am 19. Juli 2000 in Kraft getreten ist.

Mit Beschluss der Landesregierung vom 3.4.2001 wurde Dr. Josef Weiss mit Wirkung ab Mai 2001 für die Dauer von fünf Jahren zum Burgenländischen Gesundheits- und Patienten-anwalt bestellt. Mit Beschluss der Landesregierung vom 25.4.2006 erfolgte die erste Wiederbestellung und mit Beschluss vom 12.4.2011 die zweite Wiederbestellung für jeweils weitere fünf Jahre.

Mit dem Landesgesetz vom 30. Oktober 2008 wurde das „Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft“ geändert und im Landesgesetzblatt Nr. 11/2009 am 16. Jänner 2009 verlautbart. Die wesentlichste Änderung betraf die Erweiterung der Kompetenzen um die der Behindertenberatung. Das neue Gesetz lautet nunmehr: „Gesetz über die Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behinderten-anwaltschaft - Bgld. GPB-A-G“.

Die Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behinderten-anwaltschaft ist gemäß § 6 leg. cit. verpflichtet, in jedem zweiten Kalenderjahr bis zum 31. Oktober des Folgejahres der Landesregierung über ihre Tätigkeit in den abgelaufenen beiden Kalenderjahren zu berichten. Die Landesregierung hat den Tätigkeitsbericht umgehend dem Landtag zur Kenntnis zu bringen, wobei es ihr freisteht, den Bericht zu kommentieren.

Im Jahre 2014 ist demnach über die Tätigkeiten in den Jahren 2012 und 2013 zu berichten. Aus Aktualitätsgründen wird auch auf Themen aus dem Jahre 2014 Bezug genommen.

Der Tätigkeitsbericht 2012/2013 gliedert sich in zwei Teile:

Teil I: Bericht Patienten-anwaltschaft

Teil II: Bericht Behinderten-anwaltschaft

Soweit im Tätigkeitsbericht bei personenbezogenen Bezeichnungen nur die männliche Form angeführt ist, bezieht sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird im Bericht anstatt „Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behinderten-anwaltschaft“ nur der Ausdruck „Patienten- und Behinderten-anwaltschaft“ oder „Patienten- und Behinderten-anwalt“ verwendet.

Organisation – Finanzielle Mittel

Die Patienten- und Behinderten-anwaltschaft ist derzeit mit Dr. Josef Weiss als Leiter und VB Hannes Wagner als Mitarbeiter besetzt.

An finanziellen Mitteln stehen der Patienten- und Behinderten-anwaltschaft pro Jahr 26.000,00 EURO zur Verfügung. Diese Mittel werden zum Großteil für medizinische Gutachten und fachärztliche Stellungnahmen und zu einem geringen Teil für Literaturanschaffung etc. verwendet.

Aufgrund eines Erlasses des Bundesministeriums für Finanzen sind ab 2014 ärztliche Gutachten über Behandlungsfehler nicht mehr von der Umsatzsteuer befreit. Somit verteuern sich die Ausgaben für Gutachten um 20 %.

Der nach der UN-Behindertenrechtskonvention (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) auch im Burgenland einzurichtende „Monitoring Ausschuss“ soll bei der Patienten- und Behinderten-anwaltschaft etabliert werden.

Weiters sollen auch die Ombudsstellen aufgrund des „Elektronischen Gesundheitsakte - Gesetzes“ von den Patientenvertretungen in den Bundesländern betrieben werden.

Somit wird hinkünftig mit den derzeitigen Personal- und Finanzressourcen nicht mehr das Auslangen gefunden werden.

Teil I:

Tätigkeitsbericht Patienten-anwaltschaft

1. Aufgaben

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft ist im Wesentlichen zur Beratung und Unterstützung der Patienten und deren Vertrauenspersonen im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich des Burgenlandes zuständig. Der Haupttätigkeitsbereich ist das Beschwerdemanagement, also die Bearbeitung von Beschwerden über Krankenanstalten, freiberufliche Ärzte, Zahnärzte und sonstige Gesundheitseinrichtungen.

Seit 2006 werden auch Rechtsberatungen und Beurkundungen in Zusammenhang mit der Errichtung von Patientenverfügungen durchgeführt.

Neben dem Beschwerdemanagement wird die Patienten- und Behindertenanwaltschaft noch in vielfältiger Hinsicht von den Landesbürgern und auch Angehörigen von Gesundheitsberufen um Auskunft ersucht, wie beispielsweise in folgenden Bereichen:

- Einsichtnahmerecht in Krankengeschichten
- Auskunftsrecht von Angehörigen
- Widerspruchsrecht zu Organentnahmen
- Verschwiegenheitspflicht
- Weitergaberecht von Gesundheitsdaten
- Pflegegeld
- Pensionen
- Rehabilitation
- Kuraufenthalte
- Sachwalterschaft

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft ist als Beschwerde- und Beratungsstelle eingerichtet. Behördliche Aufgaben, wie Erhebungen von Amts wegen, Einschauen in Krankenanstalten, Pflegeheimen oder Arztordinationen können nicht wahrgenommen werden. Ebenso wenig kommen der Patienten- und Behindertenanwaltschaft rechtsanwaltliche Befugnisse zu. Vertretungen vor Gericht können demnach nicht angeboten werden, sondern nur der Versuch einer außergerichtlichen Lösung.

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft wird daher grundsätzlich nur dann tätig, wenn eine Beschwerde bei ihr schriftlich eingebracht wird und die aus gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Gründen notwendige schriftliche Ermächtigung vorliegt.

Die wichtigsten Informationen über die Patienten- und Behindertenanwaltschaft sind auch auf der Homepage (www.burgenland.at → Bürgerservicestellen → Patienten & Behindertenanwalt) enthalten. Neben allgemeinen Informationen enthält die Homepage noch diverse Formulare, Tätigkeitsberichte und Unterlagen für die Errichtung von Patientenverfügungen.

2. ARGE Patientenanwälte

Alle Patientenvertretungen Österreichs sind in der „ARGE Patientenanwälte“ zusammengeschlossen. In jedem Jahr finden zwei Tagungen in jeweils einem anderen Bundesland statt. Im Jahr 2012 waren Wien und Tirol, 2013 Steiermark und Oberösterreich die Gastgeber.

3. Mitgliedschaften

Neben der ARGE Patientenanwälte ist der Patienten- und Behindertenanwalt noch Mitglied

- der Ethikkommission gemäß Arzneimittelgesetz,
- der Ethikkommission gemäß Krankenanstaltengesetz,
- des Patientenentschädigungsfonds,
- der Gesundheitsplattform (BURGEF),
- des Intramuralen Rates (BURGEF),
- des Extramuralen Rates (BURGEF),
- der Schlichtungsstelle bei der Ärztekammer,
- der Patientenschlichtungsstelle der Landes Zahnärztekammer
- Evaluierungsausschuss der Ärztekammer

4. Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit standen Vorträge über die Patientenrechte im Vordergrund.

Vorträge 2012:

Forum Palliativ	Patientenrechte
Rotes Kreuz-Hospizdienst	Patientenverfügung u. Patienten-anwaltschaft
Landesverband Hospizbewegung Burgenland	Patientenrechte

Vorträge 2013:

KRAGES	Führungskräfte-seminar
Rotary Club	Patientenrechte u. Patienten-anwaltschaft
Forum Palliativ	Patientenrechte u. Patientenverfügung

5. Beschwerdeakten 2012 und 2013

In den folgenden Tabellen sind jene Beschwerdefälle über Gesundheitseinrichtungen enthalten, die in den Jahren 2012 und 2013 neu angefallen und aktenmäßig dokumentiert sind.

Über die unzähligen telefonischen Anfragen und Auskünfte werden im Bereich der Patienten- und Behindertenanwaltschaft keine Statistiken geführt.

Hinsichtlich der Beschwerdegründe ist darauf hinzuweisen, dass diese so kategorisiert sind, wie sie von den Beschwerdeführern vorgebracht wurden, unabhängig davon, ob sie zu Recht eingebracht wurden oder nicht.

5.1. Beschwerden gesamt

	2001-2011 (Durchschnitt/Jahr)	2012	2013
Gesamt	161	165	187
Krankenanstalten	91	88	120
Ärzte	20	24	21
Zahnärzte	13	9	11
Sozialversicherung	20	29	18
Pflegeheime	2	2	3
Sonstige	15	13	14

Insgesamt gab es im Jahr 2012 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001-2011 eine leichte Steigerung der Beschwerdeakten um 2,5 %, im Jahr 2013 gegenüber 2012 hingegen eine Steigerung um 13,3 %. Hauptgrund ist ein Anstieg der Beschwerden bei den Krankenanstalten im Jahr 2013 um 36,4% gegenüber 2012.

Die Beschwerden im Bereich der freiberuflichen Ärzte, Zahnärzte blieben konstant. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es bei den Altenwohn- und Pflegeheime wie auch in den Vorjahren nur eine geringe Anzahl an Beschwerden.

Unter „Sonstige“ fallen Gesundheitseinrichtungen, wie Kur- und REHAB-Einrichtungen, Rettungseinrichtungen, Apotheken etc.

5.2. Beschwerden über Krankenanstaltenabteilungen

	2001-2011 (Durchschnitt/Jahr)	2012	2013	Anteil in % 2012/2013
gesamt	91	88	120	
Unfallchirurgie/Orthopädie	27	44	34	24,0
Chirurgie	22	16	34	37,5
Innere Medizin	17	14	24	18,3
Gynäkologie	7	2	6	3,8
Hals-, Nasen- Ohren	2	2	4	2,9
Neurologie	2	3	3	2,9
Urologie	1	2	3	2,4
Kinderheilkunde	3	2	4	2,9
Psychiatrie	1	0	5	2,4
Sonstige	8	3	3	2,9

Diese Statistik zeigt sehr deutlich, dass in den operativen oder so genannten „schneidenden“ Fächern die meisten Beschwerden anfallen. Dies ist in den anderen Bundesländern bzw. im Ausland nicht anders. Vor allem in der Unfallchirurgie und Orthopädie ist offenbar die Erwartungshaltung auf eine vollkommene Wiederherstellung – auch bei schweren Verletzungen – unrealistisch hoch, wobei noch in vielen Fällen eine Ungeduld wegen einer vermeintlich zu langen Heilungsdauer erkennbar ist. In solchen Fällen ist es nicht immer einfach, Beschwerdeführer von einer „lege artis Behandlung“ bzw. von den Grenzen der Medizin zu überzeugen, oft selbst dann nicht, wenn eindeutige gutachterliche Aussagen vorliegen.

Im Durchschnitt der Jahre beschwerten sich 83% über die medizinische Behandlung, 7% über organisatorische Probleme, 2% über die Pflege und 8% verteilen sich auf sonstige Beschwerdegründe.

Bei den Beschwerden über die medizinische Behandlung wird hauptsächlich der Verdacht auf einen medizinischen Behandlungsfehler geäußert.

Bei den Beschwerden über die „Organisation“ werden zu lange Wartezeiten auf Untersuchungen und Behandlungen, ungünstige Ambulanzzeiten und schlechtes Entlassungsmanagement genannt, bei der „Pflege“ mangelnde Körperpflege und Speisenverabreichung, bei „Sonstige“ das Fehlen behindertengerechter Parkplätze, Arztgebühren in der Sonderklasse, Unfreundlichkeit und diverse Kosten.

5.3. Beschwerden über freiberufliche Ärzte

	Durchschnitt/Jahr 2001-2011	Fälle 2012	Fälle 2013
gesamt	33	33	32
Allgemeinmedizin	7	8	11
Zahnheilkunde	13	8	11
Gynäkologie	2	2	1
Haut	1	4	1
Innere Medizin	1	0	2
Orthopädie	1	2	1
Augen	1	1	1
Sonstige	7	8	4

Die Fallzahlen blieben im niedergelassenen Bereich in den letzten Jahren ziemlich gleich.

Wie bei den Krankenanstalten stehen auch bei den freiberuflichen Ärzten die Vorwürfe einer schlechten medizinischen Behandlung mit ca. 60% im Vordergrund, gefolgt von Beschwerden über den Bereitschaftsdienst und über das Honorar. Von Beschwerden über das Honorar sind wiederum hauptsächlich die Zahnärzte betroffen.

5.4. Beschwerden Sozialversicherung

Über die Sozialversicherung gab es im Berichtszeitraum 2012/2013 insgesamt 47 Beschwerden, die allesamt die gesetzliche Krankenversicherung betrafen. Im Mittelpunkt standen die Ablehnungen von Kostenübernahmen bei diversen Leistungen, wie Kur- und Rehabilitationsaufenthalte, Krankentransporte und Heilbehelfe und die Nichtbewilligung von Medikamenten.

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft hat an sich keine direkte gesetzliche Zuständigkeit zur Bearbeitung von Beschwerden über die Sozialversicherung, zumal diese Bundesgesetze vollziehen. Falls bei einer Anfrage eine Rechtsauskunft nicht genügt, werden die Beschwerdeführer diesbezüglich an die Volksanwaltschaft verwiesen.

5.5. Beschwerden Pflegeheime

Bei den Altenwohn- und Pflegeheimen sind in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt nur 5 Beschwerden eingebracht worden. Die Beschwerden betrafen im Wesentlichen Fragen rund um die korrekte Verrechnung der Heimentgelte sowie angebliche Pflegemängel.

Bei der Patienten- und Behindertenanwaltschaft besteht nach wie vor der Eindruck, dass in einem ländlichen Raum wie dem Burgenland der Kontakt zwischen Angehörigen und Pflegeheimbewohnern doch wesentlich intensiver ist als im städtischen. Durch die relativen kleinen Pflegeheime besteht darüber hinaus eine bessere Kommunikationsmöglichkeit mit dem Pflegepersonal. Dies wirkt sich wahrscheinlich auch auf die niedrige Beschwerdezahl aus.

6. Ergebnisse

Im Regelfall wird nach Eingang einer schriftlichen Beschwerde die betroffene Einrichtung um eine Stellungnahme und um Übermittlung der Krankenakte ersucht. Nach Einlangen der Stellungnahme wird gemeinsam mit den Beschwerdeführern über die weitere Vorgangsweise entschieden. Dabei erfolgt auch eine ausführliche Rechtsberatung.

Wie bereits erwähnt, werden bei Krankenanstalten und Ärzten hauptsächlich vermeintliche Behandlungsfehler vorgebracht. In diesen Fällen werden von der Patienten- und Behindertenanwaltschaft regelmäßig fachärztliche Stellungnahmen bzw. medizinische Gutachten zur Überprüfung der Behandlung eingeholt. Eine weitere Option ist die Einleitung eines Verfahrens bei der Schlichtungsstelle der Ärztekammer.

6.1. Haftpflichtversicherungen

Sollte durch ein Gutachten oder eine fachärztliche Stellungnahme festgestellt werden, dass bei einer Behandlung ein Fehler passiert ist, führt dies zu einem entsprechenden Schadenersatzanspruch. Alle burgenländischen Krankenanstalten sind – entgegen etlichen Krankenanstalten in anderen Bundesländern - haftpflichtversichert.

Ein Schadensfall, der auf einen Behandlungsfehler beruht, wird daher mit der jeweiligen Haftpflichtversicherung abgewickelt. Direkt bei den Haftpflichtversicherungen wurden in den Jahren 2012 in 15 Fällen € 182.600,00 und 2013 in 17 Fällen € 384.449,10 an Entschädigungsleistungen für die Patienten erreicht.

6.2. Schlichtungsstelle der Ärztekammer

Die Burgenländische Ärztekammer hat seit 2002 eine Schlichtungsstelle mit folgenden Grundsätzen eingerichtet:

- Zuständigkeit zur außergerichtlichen Schlichtung und Entscheidung von Schadenersatzansprüchen wegen behaupteter Behandlungsfehler niedergelassener Ärzte und Krankenanstalten.
- Ständige Mitglieder sind ein Richter als Vorsitzender, ein Mitglied des Präsidiums der Ärztekammer und der Patientenanwalt.
- Schriftlicher Antrag, mündliche Verhandlung.
- Sachverständigengutachten.
- Ausarbeitung eines Streitbereinigungsvorschlages.

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft und die Ärztekammer für Burgenland haben über die Schlichtungsstelle ein ausführliches Informationsblatt erarbeitet. Im Berichtszeitraum 2012/2013 wurden fünf Verfahren durchgeführt. Drei Anträge wurden von Rechtsanwälten und zwei Anträge von Patienten selbst eingebracht. Alle fünf Anträge mussten mangels eines feststellbaren Behandlungsfehlers abgelehnt werden.

6.3. Patientenentschädigungsfonds

Mit Wirksamkeit ab 2001 wurden in allen Bundesländern sog. „Patientenentschädigungsfonds“ eingerichtet. Nach gesetzlichen Änderungen 2005 (Einbeziehung der Sonderklassepatienten) und 2012 (Erweiterung um schwerwiegende Komplikationen auch bei eindeutiger Nichthaftung) können die Grundsätze folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Eine Entschädigung gebührt Patientinnen und Patienten, die durch Untersuchung, Behandlung, Pflege, bzw. Nichtuntersuchung, Nichtbehandlung, Nichtpflege in einer öffentlichen burgenländischen Krankenanstalt einen Schaden erlitten haben und eine Haftung nicht eindeutig gegeben ist.

- In Fällen, in denen eine Haftung des Rechtsträgers nicht gegeben ist, kommt eine Entschädigung in Betracht, wenn es sich um eine seltene, schwerwiegende Komplikation handelt, die zu einer erheblichen Schädigung geführt hat.
- Das Schadensereignis muss ab 1.1.2001 eingetreten sein.
- Der Antrag muss spätestens 3 Jahre nach Abschluss der stationären oder ambulanten Behandlung bzw. 1 Jahr nach einem rechtskräftigen Gerichtsurteil gestellt werden.
- Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft hat die Funktion einer Clearingstelle, d. h. sie hat vorweg zu prüfen, ob nicht doch ein Haftungsfall oder überhaupt keine Haftung vorliegt.
- Die Maximalentschädigung beträgt € 25.000 und kann in besonders gelagerten Härtefällen höher sein.
- Es besteht eine Rückzahlungspflicht, wenn der Schaden durch einen Dritten (z.B. Haftpflichtversicherung) ersetzt wird.
- Auf eine Entschädigung besteht kein Rechtsanspruch.

Der Patientenentschädigungsfonds wird von den stationär aufgenommenen Patienten der allgemeinen Gebührenklasse und ab 2005 auch der Sonderklasse finanziert, die pro Pfllegetag € 0,73 an die Krankenanstalten zahlen (für maximal 28 Tage im Jahr). Die Krankenanstalten überweisen die eingehobenen Beträge an den Patientenentschädigungsfonds.

Im Jahr 2012 wurden in sieben Fällen Entschädigungen mit einer Gesamtsumme von € 38.000,00 und im Jahr 2013 in dreizehn Fällen Entschädigungen mit einer Gesamtsumme von € 126.000,00 ausbezahlt.

6.4. Gutachten und fachärztliche Stellungnahmen

In schwierigen Fällen ist es unumgänglich, dass von der Patienten- und Behindertenanwaltschaft Sachverständige mit der Erstellung von medizinischen Gutachten beauftragt werden. Auch werden zur vorläufigen medizinischen Abklärung laufend fachärztliche Stellungnahmen eingeholt.

Im Jahr 2012 wurden für 43 medizinische Gutachten/fachärztliche Stellungnahmen € 20.546,00 und im Jahr 2013 für 38 medizinische Gutachten/fachärztliche Stellungnahmen € 18.485,00 ausgegeben.

Wie bereits erwähnt sind ab 2014 nach einem Erlass des Bundesministeriums für Finanzen ärztliche Gutachten über Behandlungsfehler nicht mehr umsatzsteuerbefreit. Somit erhöhen sich die Kosten pro Gutachten bzw. fachärztlicher Stellungnahme automatisch um 20%.

6.5. Patientenverfügungen

Seit 1.6.2006 ist das Patientenverfügungs-Gesetz (BGBl. I Nr. 55/2006) in Kraft. Erstmals werden damit genauere gesetzliche Regelungen für Patientenverfügungen getroffen und bisherige Unklarheiten bzw. Unsicherheiten beseitigt. Eine Patientenverfügung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Willenserklärung, mit der ein Patient eine medizinische Behandlung (nicht aber pflegerische Tätigkeiten) ablehnt und die dann wirksam werden soll, wenn er im Zeitpunkt der Behandlung nicht einsichts-, urteils- oder äusserungsfähig ist. Das Gesetz unterscheidet zwischen verbindlichen und beachtlichen Patientenverfügungen. Für verbindliche Patientenverfügungen gelten strenge formelle und inhaltliche Voraussetzungen, zumal der behandelnde Arzt eine solche befolgen muss, auch wenn eine Behandlung medizinisch sinnvoll wäre und ohne Behandlung voraussichtlich der Tod oder eine sonstige schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen eintreten würde. Die wichtigsten Punkte bei einer verbindlichen Patientenverfügung sind:

- Die abgelehnten medizinischen Behandlungen müssen in der Patientenverfügung konkret beschrieben sein oder sich eindeutig aus dem Gesamtzusammenhang der Patientenverfügung ergeben.
- Eine umfassende ärztliche Aufklärung samt einer entsprechenden Dokumentation ist notwendig.
- Die Patientenverfügung ist schriftlich vor einem Notar, Rechtsanwalt oder rechtskundigen Mitarbeiter einer Patientenvertretung zu errichten, wobei auch eine Rechtsbelehrung durchzuführen ist.
- Die Patientenverfügung muss noch gültig sein, das heißt, sie darf nicht widerrufen oder älter als 5 Jahre sein.

Die Patientenanwaltschaften Wien, Niederösterreich und Burgenland haben in Zusammenarbeit mit dem Hospiz Österreich, der Caritas Socialis, dem Justiz- und dem Gesundheitsministerium ein Formular für eine Patientenverfügung erstellt. Ebenso wurden ein Ratgeber, ein Arbeitsbehelf und weitere Informationen ausgearbeitet.

Alle Unterlagen sind bei der Patienten- und Behindertenanwaltschaft erhältlich. Die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Patientenverfügung werden selbstverständlich auch von der Burgenländischen Patienten- und Behindertenanwaltschaft angeboten. Kosten fallen dabei keine an.

Hinzuweisen ist darauf, dass die ärztliche Aufklärung in Zusammenhang mit Patientenverfügungen keine Kassenleistung ist. Der Empfehlungstarif der Ärztekammer beträgt € 120,00. In der Praxis werden die Patienten von ihren Hausärzten aufgeklärt, wobei in den meisten Fällen allerdings kein Honorar verlangt wurde.

So wurden im Berichtszeitraum 2012/2013 insgesamt 69 verbindliche Patientenverfügungen beurkundet.

Als Motive für die Errichtung einer Patientenverfügung werden neben religiösen Beweggründen hauptsächlich persönliche Erlebnisse bei Leiden naher Angehöriger genannt. Aus der bisherigen Erfahrung kann berichtet werden, dass zumeist für den Fall irreversibler Bewusstlosigkeit, schwerster Dauerschäden des Gehirns oder im Endstadium einer zum Tode führenden Krankheit, wenn die medizinische Behandlung nur noch dazu führen würde, den Vorgang des Sterbens zu verlängern, beispielsweise folgende medizinische Behandlungen ausdrücklich abgelehnt werden:

- Wiederbelebung,
- künstliche Beatmung,
- Bluttransfusionen oder Transfusionen mit Blutkonzentraten,
- Herz- Lungenmaschine,
- Organtransplantation,
- medizinische Maßnahmen zur künstlichen Ernährung, wie Legen einer Nasen-sonde, Legen einer PEG-Sonde, Legen von Verweilkanülen und Ähnliches.

Regelmäßig werden in Patientenverfügungen auch Wünsche für die letzte Lebensphase geäußert, wie beispielsweise

- eine ausreichende schmerzlindernde Therapie oder eine palliativmedizinische Behandlung, auch wenn damit eine Bewusstseinsbeschränkung und eventuell eine Verkürzung des Lebens verbunden sein sollte,
- die Pflege zu Hause und
- einen religiösen Beistand.

Teil II

Tätigkeitsbericht Behindertenanwaltschaft

1. Einleitung

Durch das Landesgesetz vom 30.10.2008, LGBl. Nr. 11/2009 ist mit Wirksamkeit ab 17. Jänner 2009 die Zuständigkeit der Bgld. Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft um die der Behindertenberatung erweitert worden. Die wesentlichen Punkte dieser Gesetzesänderung sind:

- Neuer Titel der Einrichtung: „Burgenländische Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft“.
- Bestimmungen über die Abberufung des Patienten- und Behindertenanwaltes.
- Aufgabendefinition: „Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden von Menschen mit Behinderungen, deren Vertrauenspersonen sowie deren gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern über die Unterbringung, Versorgung und Betreuung in Burgenländischen Behinderteneinrichtungen sowie - unbeschadet der Kompetenzen des Bundes - über behauptete Mängel im Sinne einer allgemeinen Ansprechstelle für Menschen mit Behinderungen zur leichteren Bewältigung ihrer Probleme“.
- Zusammenarbeit mit Behindertenorganisationen.

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft ist verpflichtet, in jedem zweiten Kalenderjahr bis zum 31. Oktober des Folgejahres der Landesregierung über ihre Tätigkeit in den abgelaufenen beiden Kalenderjahren zu berichten. Die Landesregierung hat den Tätigkeitsbericht umgehend dem Landtag zur Kenntnis zu bringen, wobei es ihr freisteht, den Bericht zu kommentieren. Der Tätigkeitsbericht für den Bereich der Behindertenanwaltschaft war erstmals im Jahr 2010 zu erstellen. Im Jahr 2014 ist daher über die Tätigkeit im Bereich der Behindertenanwaltschaft in den Jahren 2012 und 2013 zu berichten.

2. Behindertenberatungseinrichtungen

In der Behindertenberatung ist bundesweit eine Vielzahl an gesetzlichen Einrichtungen und auch freiwilligen Organisationen tätig.

An gesetzlichen Einrichtungen ist auf Bundesebene das Sozialministeriumservice (früher: Bundessozialamt) als nachgeordnete Dienstbehörde des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz mit seinen neun Landesstellen zu erwähnen. Das Sozialministeriumservice ist eine zentrale Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung mit einer umfassenden Beratungs-, Unterstützungs- und Förderungskompetenz.

Weiters ist auf Bundesebene der Bundesbehindertenanwalt für die Beratung und Unterstützung von Personen, die sich im Sinne des Bundesbehinderten-Gleichstellungsgesetzes oder des Behinderteneinstellungsgesetzes diskriminiert fühlen, zuständig.

An freiwilligen Organisationen scheinen im Burgenland der Kriegsoffer- und Behindertenverband (KOBV) und der Österreichische Zivilinvalidenverband (ÖZIV) besonders aktiv zu sein. Auch die Autofahrerclubs bieten im Bereich der Kraftfahrzeuge qualifizierte Beratungen für Menschen mit Behinderungen an.

Zu diesen bewährten Beratungseinrichtungen ist im Jahr 2009 die Patienten- und Behindertenanwaltschaft hinzugekommen. Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft sieht sich daher als eine Ergänzung im bestehenden umfassenden Beratungsangebot für Menschen mit Behinderungen, keinesfalls als Konkurrenz.

3. Beratungstätigkeit

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft geht von einem umfassenden Behindertenbegriff aus. Eine formelle Anerkennung als Behinderter ist keine Voraussetzung für eine Beratungstätigkeit durch die Patienten- und Behindertenanwaltschaft.

Aufgefallen ist bisher, dass eher wenige als „klassisch Behinderte“ anzusehende Personen, wie Seh- oder Hörbehinderte, Rollstuhlfahrer, Amputierte etc., die Beratung durch die Patienten- und Behindertenanwaltschaft suchen. Bei diesem Personenkreis scheint es so zu sein, dass eher die „alteingesessenen“ Behindertenorganisationen, wie der KOBV oder der ÖZIV oder sonstige Verbände, in Anspruch genommen werden.

Die Patienten- und Behindertenanwaltschaft ist somit – wie in den Erläuterungen zum Gesetz formuliert - eine Anlaufstelle für Auskunftersuchen und Beschwerden aller Art, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Es können somit Rechtsauskünfte erteilt oder an andere Beratungseinrichtungen mit weitergehenden Befugnissen verwiesen werden. Eingriffe in laufende behördliche Verfahren oder gar Gerichtsverfahren, wie dies oftmals hinsichtlich Sachverständigengutachten erwünscht ist, sind rechtlich ebenso wenig möglich wie Vertretungen vor Behörden und Gericht.

Im Berichtszeitraum 2012/2013 gab es ca. 70 konkrete Anfragen, die dem Behindertenbereich zugeordnet werden können, wobei sich diese überwiegend mit Anliegen, die Leistungen der Sozialversicherungsträger betreffen, überschneiden.

Beschwerden über die Unterbringung, Versorgung und Betreuung in Burgenländischen Behinderteneinrichtungen wurden keine vorgebracht. Auch ist bisher kein Missbrauchsfall in einer Behinderteneinrichtung bekannt geworden.

Die Anliegen von Menschen mit Behinderungen bezogen sich hauptsächlich auf

- diverse Hilfsmittel,
- Barrierefreiheit,
- diverse Vergünstigungen,
- persönliche Assistenz,
- Pflegegeld,
- Invaliditätspension,
- Sachwalterschaft,
- mangelnde Begutachtung,
- Vertretungswunsch bei Behörden und Gericht.

AUSBLICK

ELGA - Ombudsstellen

Am 1.1.2013 ist das Elektronische Gesundheitsakte-Gesetz (BGBl. I Nr. 111/2012) in Kraft getreten. Dieses Gesetz samt dazugehörigen Verordnungen sieht als Serviceeinrichtungen für die ELGA-Teilnehmer eine Widerspruchsstelle, eine Service-Line und Ombudsstellen vor. Die ELGA-Ombudsstellen sollen den Patientenvertretungen in den Bundesländern übertragen werden.

Bereits seit 1.1.2014 besteht die Möglichkeit, dass sich ELGA-Teilnehmer bei der Widerspruchsstelle vom ELGA-System abmelden.

Die ELGA-Ombudsstellen sollen dann den Betrieb aufnehmen, wenn die öffentlichen Krankenanstalten im jeweiligen Bundesland beginnen, die ELGA-Gesundheitsdaten zu speichern und dem ELGA-System zur Verfügung zu stellen. Dies wird im Burgenland voraussichtlich Mitte 2016 der Fall sein.

Die ELGA-Ombudsstellen sollen die ELGA-Teilnehmer bei der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte im Zusammenhang mit ihrer Elektronischen Gesundheitsakte sowie in Angelegenheiten des Datenschutzes beraten und unterstützen.

Seit 2013 finden laufend Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit, der ELGA GmbH und den Patientenvertretungen über die Umsetzung und Details der ELG-Ombudsstellen statt. Den Ländern sollen die diesbezüglichen Personal- und Sachaufwendungen vom Bund ersetzt werden.

Monitoring-Ausschuss

Kürzlich hat der Landtag beschlossen, dass der Patienten- und Behindertenanwaltschaft auch die Geschäftsführung des nach der UN-Behindertenrechtskonvention (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) einzurichtenden „Monitoring Ausschusses“ der Patienten- und Behindertenanwaltschaft obliegt. Der Patienten- und Behindertenanwalt hat den Vorsitz in diesem Ausschuss, der aus weiteren sechs Mitgliedern besteht. Die Mitgliedschaft im Monitoring-Ausschuss ist ein unbesoldetes Ehrenamt.

Der Monitoring-Ausschuss hat die Landesregierung im Bereich der Behindertenpolitik zu beraten und in Belangen, die die Rechte von Menschen mit Behinderung wesentlich berühren, Stellungnahmen zu erstatten bzw. Empfehlungen abzugeben.

Der Monitoring-Ausschuss soll nach Bedarf, zumindest aber ein Mal jährlich, tagen und dem Landtag, nicht auch der Landesregierung, über seine Beratungen bis 30. Juni des Folgejahres berichten.

Die zusätzlichen Aufgaben „ELGA-Ombudsstelle“ und „Monitoring-Ausschuss“ werden mit dem derzeitigen Personalstand nicht bewältigt werden können.